

Mein

NEWSLETTER

aus Gemünden & Berlin

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter für MIL & MSP

Betreuungsabgeordneter für AB & WÜ



AUGUST 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist Sommerzeit. Die großen Volksfeste in unserer Region finden statt oder stehen an und viele freuen sich auf die Ferien und den wohlverdienten Urlaub. Da platzen plötzlich Nachrichten herein, die uns verdeutlichen, dass Gewalttaten auch uns betreffen können. Vor unserer Haustüre geschehen, sozusagen. Würzburg-München-Ansbach: **Meine Gedanken und mein Mitgefühl sind bei den Betroffenen, bei den Opfern und deren Familien und Freunden.** Mich erschreckt aber auch, welche Reaktionen, Vorverurteilungen, Pauschalverdächtigungen und übelste Hetze sich in den sozialen Netzwerken finden.

Politische Schnellschüsse und Einschränkungen unserer Freiheit sind keine guten Ratgeber. Polizei, Ordnung und Sicherheit, gute Ausstattungen und genügend Personal sind mindestens genauso wichtig wie Sozialarbeiter, Psychologen, genügend LehrerInnen und ein gutes Umfeld. Auch in den unruhigen Zeiten, die im Moment uns betreffen, sollten wir zur Ruhe kommen: Urlaub machen, Reisen, die Seele baumeln lassen, eine Auszeit nehmen und auf die Volksfeste gehen. Für unsere Werte, für unserer Freiheit und für unsere Demokratie.

Das wünsche ich uns allen.

Ihr und Euer

Bernd Rützel



Sommerlicher Schnappschuss am 12. Juli in meinem Garten

INHALT

- 2 Klartext: Integration
- 2 Mutterschutz, „Nein heißt Nein“, SPD-Solidarprojekt
- 4 Bundeshaushalt 2017
- 6 Lauter kleine Forscher
- 7 Nominierung mit 95,4%
- 8 Termine vor Ort
- 13 Beiträge der MdLs

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB

Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

Aus dem PARLAMENT



MUTTERSCHUTZ WIRD VERBESSERT

Wir haben am 06.07.2016 im Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Mutterschutzrechts debattiert. Wir als SPD-Fraktion wollen den Mutterschutz modernisieren und unterstützen daher die Reforminitiative unserer Ministerin Manuela Schwesig.

Mit der Reform wird der Mutterschutz übersichtlicher, transparenter und verständlicher. Außerdem wird der Diskriminierung schwangerer und stillender Frauen entgegengewirkt.

Mit den geplanten Neuregelungen im Mutterschutz wollen wir das Mutterschutzgesetz an den neuesten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse anpassen. Einerseits soll den Frauen und ihren Kindern Schutz vor gesundheitlichen Gefahren während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit gewährt werden, andererseits soll aber auch die Bedeutung der eigenen Berufstätigkeit und Ausbildung der Frauen Berücksichtigung finden.

Unser Ziel ist es, dass mehr Frauen vom Mutterschutz profitieren. Auch Schülerinnen, Auszubildende, Praktikantinnen, Studentinnen und viele weitere Personengruppen sollen zukünftig einbezogen werden. Darüber hinaus wird es einen längeren Mutterschutz von 8 auf 12 Wochen im Falle der Geburt eines Kindes mit Behinderung geben. Auch der Kündigungsschutz für die Fälle einer Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche wird verbessert.

Wir kämpfen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt. Die Reform des Mutterschutzgesetzes ist dabei ein wichtiger Baustein, hin zu mehr Selbstbestimmung und mehr Mitsprache.

KLARTEXT

Integration fängt bei der Sprache an!

Gelungene Integration ist eine der wichtigsten Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben. Ich finde es besonders wichtig, dass die Menschen, die sich selbst aktiv einbringen und ihren Beitrag leisten, auf jede erdenkliche Art unterstützt werden. Anerkennung ist dabei wichtig – durchaus auch finanzieller Art.

Deshalb haben wir uns intensiv dafür eingesetzt, dass die Vergütungspauschalen für die Lehrkräfte in den Integrations- und Sprachkursen erhöht werden. Ich bin zu diesem Thema oft angesprochen und angeschrieben worden.

Wir waren erfolgreich und haben uns beim Koalitionspartner durchgesetzt! Der Haushaltsausschuss hat das Bundesinnenministerium ermächtigt, den Kostenerstattungssatz bei Integrationskursen auf „bis zu 4 Euro“ zu erhöhen und so ein Mindesthonorar bei selbständigen Lehrkräften von 35 Euro sicherzustellen.

Auf Grund der vielen Nachfragen hat das Ministerium sich nun doch für eine rasche Umsetzung entschieden. Rückwirkend zum 1. Juli sind die Änderungen in Kraft getreten: Die Vergütunguntergrenze steigt von 23 auf 35 Euro pro Unterrichtseinheit. Gleichzeitig wird der Kostenerstattungssatz, den die Träger erhalten, erhöht.

Es ist unsere Pflicht, uns der Menschen anzunehmen, die vor Krieg und Terror geflohen sind und bei uns eine neue Heimat finden müssen. Nicht nur sie, sondern auch wir können profitieren. Sprache ist der erste und vielleicht allerwichtigste Schritt zu Integration. Durch die angemessene Bezahlung tragen wir dem Rechnung und würdigen das große Engagement der Lehrkräfte.

Aus dem PARLAMENT



„NEIN HEIßT NEIN“ WIRD GESETZ

„Nein heißt Nein“ wird endlich im Strafrecht verankert. Künftig wird jede Form der nicht einvernehmlichen sexuellen Handlung unter Strafe gestellt. Das war nötig und überfällig.

Wir schließen mit der Gesetzesänderung Lücken im Strafrecht. Sexuelle Handlungen gegen den Willen des/der anderen sind künftig grundsätzlich strafbar.

SPD

**DER GRUNDSATZ
'NEIN HEIßT NEIN'
GEHÖRT DRINGEND INS
SEXUALSTRAFRECHT!**

Mit der Einführung des Straftatbestandes der sexuellen Belästigung beseitigen wir außerdem eine Schiefelage. Sexuelle Belästigung konnte bislang nur geahndet werden, wenn sie am Arbeitsplatz geschah. Künftig wird auch bestraft, wer Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus einer Gruppe heraus begeht.

Eine Modernisierung des Sexualstrafrechts wurde lange diskutiert, die SPD hatte sich immer für den Grundsatz „Nein heißt Nein“ eingesetzt. Erst durch die Ereignisse der Silvesternacht kam eine gesellschaftliche Debatte in Gang, die nun auch innerhalb der Union zu einem Umdenken geführt hat. Es ist gut, dass wir mit dem Beschluss endlich das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken.

Wer sich über ein „Nein!“ zu einer sexuellen Handlung hinweg setzt, wird jetzt endlich konsequent bestraft.

SIEBEN MILLIARDEN DES BUNDES FÜR INTEGRATION IN LÄNDERN UND KOMMUNEN

Der Bund hat Anfang Juli rund 14,6 Milliarden Euro an Unterstützung für Länder und Kommunen zugesagt: sieben Milliarden für die Integration von Flüchtlingen und zur Förderung des Wohnungsbaus, 2,6 Milliarden für die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft in den Jahren 2016 bis 2018 und weitere fünf Milliarden als Entlastung für die Kommunen ab 2018 jährlich. Das ist die Politik der SPD. Dem trägt die Bundesregierung nun Rechnung. Das ist gut so.

Nun sind die Länder aufgefordert, einen Großteil der Gelder auch tatsächlich an die Kommunen weiterzuleiten, weil dort die meisten Integrationskosten entstehen. Die Städte und Gemeinden brauchen das Geld für mehr Personal, Erzieher und Erzieherinnen, Sozialarbeit, Sachaufwendungen an Schulen, Koordinierung der Freiwilligenarbeit und Organisation von Arbeitsmöglichkeiten. Sie übernehmen diese Leistungen im Interesse unserer gesamten Gesellschaft, ohne auf die Ursachen der Ausgaben Einfluss nehmen zu können.

Unsere Landtagsabgeordneten und unsere sozialdemokratischen BürgermeisterInnen werden genau darauf schauen, ob die CSU-Staatsregierung das Geld tatsächlich weiter leitet. Es wäre nicht das erste Mal, dass Bundesgelder, die für die Kommunen gedacht waren, entweder gar nicht fließen oder dass dann dafür an anderer Stelle Zuwendungen des Landes an die Kommunen gekürzt werden.

Mehr Politik & Positionen:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/MdBruetzel

Aus dem PARLAMENT



HAUSHALT 2017: SPD-SOLIDARPROJEKT UMGESETZT UND INVESTITIONEN GESTÄRKT

Mit dem Anfang Juli vom Kabinett beschlossenen Haushaltsentwurf setzen wir richtige Impulse für unser Land. Das von der SPD-Bundestagsfraktion und Sigmar Gabriel durchgesetzte Solidarprojekt wird umgesetzt. Das heißt rund fünf Milliarden Euro mehr für sozialen Wohnungsbau, Integration, Kitausbau und den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit. Der Einstieg in unser sozialdemokratisches Solidarprojekt ist damit gelungen.

Außerdem stärkt der Haushaltsentwurf noch einmal die Investitionen in die Zukunft des Landes. Bis 2020 stehen für den Breitbandausbau sowie Förderprogramme für die Mikroelektronik insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro bereit. Damit setzen wir die Stärkung von Investitionen weiterhin oben auf die Agenda. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten 23 Milliarden Euro für zusätzliche Ausgaben haben wir mittlerweile zum Beispiel durch das zehnte Milliarden Investitionspaket, den Kommunalinvestitionsfonds und das Solidarprojekt verdoppelt. Diesen Kurs setzen wir im Haushalt 2017 fort.

**Gleichzeitig halten wir an unserem
Wahlkampfversprechen fest, den
Bundeshaushalt ohne neue
Schulden aufzustellen.**

Mit den zusätzlichen Ausgaben für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung legen wir die Grundlage dafür, dass dies auch in der Zukunft so bleibt.

Auch die innere Sicherheit wird gestärkt, fast 2.000 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden stehen im Haushaltsentwurf. Die Hälfte dieser Stellen geht auf das von Sigmar Gabriel im letzten Jahr durchgesetzte Personalpaket von 3.000 Stellen für die Bundespolizei zurück. Aus unserer Sicht hätte der



Frauen haben seit über fünf Jahrzehnten ein Recht auf Entgeltgleichheit. Diesem Grundsatz muss Deutschland endlich gerecht werden. Dafür muss ein Lohngerechtigkeitsgesetz her, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Ich unterstütze daher den Gesetzentwurf unserer Ministerin Manuela Schwesig!

Vorschlag von Finanzminister Schäuble beim Sicherheitspersonal mutiger sein müssen. Das wird ein Schwerpunkt der SPD-Bundestagsfraktion in den Haushaltsberatungen werden.

**Die innere Sicherheit muss uns mehr Wert sein,
das heißt mehr Personal für Bundespolizei,
Zoll und Bundeskriminalamt. Es ist schade,
dass Innenminister de Maizière das blockiert.**

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Unterstützung von Alleinerziehenden sein. Nach der Erhöhung des Kinderzuschlags und der stärkeren steuerlichen Entlastung gehören dazu Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss und den Mehrbedarfen von alleinerziehenden Hartz IV-BezieherInnen.

Mehr Politik & Positionen:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/MdBRuetzel

Aus dem PARLAMENT



VERBESSERTES INTEGRATIONSGESETZ

Es war ein steiniger Weg, den wir als Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales stellvertretend für die Fraktion gegangen sind. Aber es hat sich gelohnt, wir haben deutliche Verbesserungen für Geflüchtete durchgesetzt: Flüchtlinge in Ausbildung werden besser geschützt und ehrenamtliches Engagement besser gewürdigt.

Das Integrationsgesetz wird vielen Menschen den Zugang zu Arbeit, Sprache und Ausbildung erheblich erleichtern.

Der SPD ist es auf der Zielgeraden gelungen, weitere Verbesserungen für Geflüchtete durchzusetzen. Künftig wird die Ausbildung von Flüchtlingen einfacher. Geduldete Flüchtlinge erhalten während einer dreijährigen Ausbildung und für eine zweijährige Weiterbeschäftigung einen rechtssicheren Aufenthalt.



Die Kampagne „Erste an der Uni“ möchte junge Menschen zum Studium ermutigen, die als erstes Mitglied ihrer Familie studieren wollen. In dem bereits im April gedrehten Kampagnen-Video erzähle ich von meinem etwas längeren Weg an die Hochschule. Nach der Hauptschule und einer Berufsausbildung besuchte ich parallel zu den Schichtdiensten noch eine Abendschule, um Maschinenbau und Elektrotechnik studieren zu können. Ich möchte junge Menschen bestärken ein Studium anzufangen. Es ist nie zu spät. Infos zur Kampagne und natürlich das Video unter www.ersteanderuni.de



Am 8. Juli traf ich mich in Berlin mit SchülerInnen des Matthias-Grünwald-Gymnasiums in Würzburg. Das Gespräch mit ihnen war ein besonders schöner Abschluss am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause des Bundestages. Danke dafür!

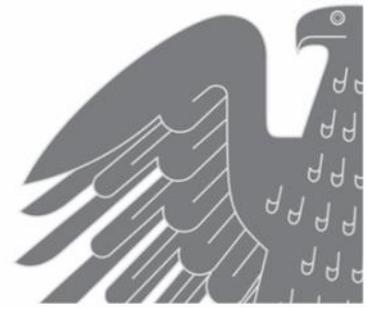
Es war ein großes Anliegen von uns, auch bei vorzeitigem Ausbildungsende nicht sofort die Duldung zu streichen. Denn rund jeder vierte Ausbildungsvertrag in Deutschland wird aufgelöst – die Gründe hierfür sind vielfältig.

Deshalb schaffen wir die einmalige Möglichkeit, sich nach einem Ausbildungsabbruch sechs Monate lang eine neue Ausbildungsstelle suchen zu dürfen. Damit wird die sogenannte „3 plus 2-Regelung“ bei Ausbildung noch praxistauglicher. In einem weiteren Gesetzgebungsverfahren werden wir regeln, dass auch Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten von bis zu 200 Euro ohne Abzug von Leistungen behalten dürfen – dies war ein großes Anliegen der Sportvereine und anderer ehrenamtlicher Organisationen.

Integration und Teilhabe für Menschen mit Fluchtgeschichte: Noch nie waren die Rahmenbedingungen in Deutschland für sie so gut wie sie es nach Inkrafttreten des Integrationsgesetzes sein werden. Das ist ein großer Erfolg der SPD.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



LAUTER KLEINE FORSCHER



Im Juni feierte die Stiftung „Tag der kleinen Forscher“, die größte Frühbildungsinitiative Deutschlands, ihren zehnten Geburtstag. Ziel der Stiftung ist es, Kinder möglichst früh an naturwissenschaftliche Fächer heranzuführen.

Ich nahm das Jubiläum der Stiftung zum Anlass, die Zweitklässler und ihre Klassenlehrerinnen der Grundschule Gemünden in die Remise des Hutenschlosses einzuladen, wo seit einigen Jahren eine große Modellbahnanlage entsteht. Dort werden in ein bis zwei Jahren auf einer Gleisanlage, die nach den Originalplänen von 1924 entstanden ist, die Züge an der maßstabsgetreu erstellten Gemündener Altstadt vorbei fahren, wie sie vor der Zerstörung im zweiten Weltkrieg aussah.

Reinhold Weber, Abteilungssprecher der Modellbauer im Film-Photo-Ton-Museumsverein, erklärte den Schülern in der 75 Jahre alten historischen Uniform eines Oberzugschaffners der Reichsbahn die Bedeutung dieses Transportsystems für die Entwicklung einer modernen Gesellschaft.

Die Grundschüler erfuhren viel über Technik und Funktion der Eisenbahn. Dabei kam mir meine dreißigjährige Berufserfahrung im technischen Bahndienst zugute.

Nachdem die vielen Fragen beantwortet waren und jeder wusste, wofür die Bezeichnung „PS“ steht und wie lang ein Güterzug sein kann, setzte Weber die digital gesteuerte Anlage in Gang.

Vor den staunenden Kinderaugen setzten sich die Loks mit der vom Computer vorgegebenen Geschwindigkeit in Bewegung und hielten an den festgelegten Haltepunkten, genau wie im realen Verkehr. Mit den Worten, „Wahnsinn, wie das alles so funktioniert“, fasste eine Schülerin die Eindrücke des Besuchs zusammen. Am meisten freut mich, dass die Lehrkräfte spontan mit Reinhold Weber bereits weitere Besuche besprochen haben.



#FAMILIENGELD #FAMILIENARBEITSZEIT

Wer kann dazu schon Nein sagen?

- MONATLICH 300 € FAMILIENGELD (150 € PRO ELTERNTEIL), BIS ZU 24 MONATE LANG
- FÜR MÜTTER UND VÄTER JÜNGERER KINDER, DIE BEIDE 80-90 % IHRER VOLLZEIT ARBEITEN
- AUCH FÜR ALLEIN- UND GETRENNT ERZIEHENDE

FOTO: BILDERBOX

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE!

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



95,4 PROZENT SIND EIN VERTRAUENSBEWEIS



Mit (v.l.) Sven Gottschalk, dem neuen SPD-Kreisvorsitzenden in Main-Spessart, meiner Stellvertreterin im Unterbezirk, Monika Wolf-Pleißmann, Pamela Nembach, der Vorsitzenden der SPD Marktheidenfeld und Thorsten Meyerer, dem Vorsitzenden des Kreisverbands Miltenberg.

Bei der Nominierungs-Konferenz zur Aufstellung des SPD-Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg für die Bundestagswahl 2017 stimmten 95,4 Prozent der 111 anwesenden Delegierten für meine erneute Kandidatur.

Ich bedanke mich ganz herzlich und bin wirklich stolz auf meinen Unterbezirk: Alle 40 Ortsvereine waren in der Grafenschaftshalle in Altfeld vertreten.

Als Gastredner hob der Miltenberger Landrat Jens Marco Scherf zu Beginn der Veranstaltung vor vollem Haus die gute Zusammenarbeit zwischen uns hervor. Gemeinsam haben wir schon viel für unsere Heimatregion erreicht. Diese sehr gute Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen.

In meiner Bewerbungsrede ging es mir darum, die vergangenen drei Jahre und die dabei geleistete Arbeit Revue passieren zu lassen und in die Zukunft zu blicken: Die Große Koalition war 2013 nicht unser Ziel und wird es auch 2017 nicht sein.



Mit unserem Ehrenvorsitzenden Uwe Lambinus, MdB a.D.

In meinem Tätigkeitsbereich „Arbeit und Soziales“ haben wir mit 19 Gesetzen, wie beispielsweise zum Mindestlohn und der Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente, erfolgreich gearbeitet. Mit einem überzeugenden Wahlprogramm wollen wir nun vor allem die sozialen Aspekte noch mehr betonen.

**Wir sind eine linke Volkspartei
und werden das bis zum September 2017
wieder stärker herausstellen.**

Auch werde ich mich weiter für unsere Heimat stark machen und für Ortsumgehungen, barrierefreie Bahnhöfe, soziale Teilhabe, gute Strom- und Breitbandnetze, die sich mit der Umwelt vertragen, und die großen und kleinen Anliegen der Leute kämpfen.

Wir sind lebendig wie lange nicht! Mit Eurem Rückhalt und Eurer Arbeit in den Ortsvereinen ist noch viel möglich.

Mehr Politik & Positionen:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/MdBruetzel

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



ENTTÄUSCHTE SCHOTTEN, BARGELD UND RENTE

Zu „Brotzeit, Bier und Politik“ hatte mich der SPD-Ortsverein Partenstein eingeladen. Mittlerweile gab es 13 Veranstaltungen dieser Art. Die zwanglose Atmosphäre bringt offene Gespräche mit sich. Ich freue mich auf weitere Einladungen unserer Ortsvereine.



Nach der Begrüßung durch den Ortsvereinsvorsitzenden Dirk Mehrlich informierte ich über die neuesten Ereignisse in Berlin und deren regionalen Perspektiven. Ob Brexit, Rente oder Leiharbeit und Werkverträgen, es wurde deutlich: Aktuelle Themen stehen im Fokus und ich stehe sowohl mit Betroffenen als auch zuständigen Stellen in regem Austausch.

So berichtete ich von meinem Besuch des Festaktes der Städtepartnerschaft Aschaffenburg-Perth. Die Schotten sind tief enttäuscht vom Brexit und streben die Unabhängigkeit an. Sie haben mehrheitlich für einen Verbleib in der Europäischen Union gestimmt.

Ernüchert ist auch die Jugend, die mit großer Mehrheit gegen den Brexit ist. Allerdings gilt im Hinblick auf die geringe Wahlbeteiligung gerade bei den jungen Menschen: Man muss auch in die Wahl-

lokale gehen! In der anschließenden sehr offen geführten Diskussion wurden viele Themen angesprochen - von der Abschaffung des 500 €-Scheins über die Lage der Europäischen Union bis zum Verhältnis der Bundesregierung zu Erdogan und Putin.

Auch kommunale Fragen wie Hausärztemangel oder die Zukunft der Region wurden erörtert.

TV TOURING KILIANI-STAMMTISCH



Thema am Kiliani-Stammtisch des lokalen Fernsehsenders: Der Brexit - was tun? Hier online: www.tvtouring.de/mediathek



Kapitalgedeckte Rente funktioniert nicht! Das Umlageverfahren muss gestärkt werden. Die Österreicher machen das ganz gut. Ich sprach darüber mit Alois Stöger, dem Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in seinem Ministerium in Wien. Ich kämpfe seit längerem dafür, dass das Rentenniveau wieder steigt und alle in die Rentenkasse einbezahlen. Es gibt über 2,5 Millionen Selbstständige in Deutschland, die später ohne ausreichende Alterssicherung da stehen.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GUTE NACHRICHTEN FÜR DIE REGION

Ganz aktuell liegt ein überarbeiteter Referentenentwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vor. Er hält Verbesserungen im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf für die Region bereit. So wurde die Ortsumgehung **Gemünden** im weiteren Verlauf der B26 vom weiteren Bedarf mit Planungsrecht in den vordringlichen Bedarf hochgestuft.

Noch ist das Gesetzgebungsverfahren nicht abgeschlossen, aber Gemünden geht mit überaus guten Voraussetzungen in das weitere Verfahren. Ich bin mehr als froh, dass mein Einsatz sich lohnt!

Auch für die Ortsumgehung **Giebelstadt-Euerhausen** (B19) sieht der überarbeitete Entwurf eine Aufwertung vor. Sie soll für den neuen BVWP ebenfalls in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden.

Der Ausbau der B26 im Abschnitt **Aschaffenburg** – B469 und die B26n im Abschnitt A7 – **Karlstadt** sollen im vordringlichen Bedarf, der höchsten Dringlichkeitsstufe, bleiben. Der weitere Verlauf der B26n von Karlstadt zur A3 ist auch im neuen Entwurf für den weiteren Bedarf mit Planungsrecht vorgesehen - nun aber mit dem Zubringer **Lohr**, der im alten Entwurf noch fehlte.

DEINE/IHRE MEINUNG IST GEFRAGT:

#ATOMMÜLL #ENDLAGERKOMMISSION

**JETZT MITREDEN
BEIM ENDLAGER-
ABSCHLUSSBERICHT!**

ONLINE-KONSULTATION BIS 11.09.2016:
WWW.ENDLAGERBERICHT.DE



Radioaktiv

FOTO: ORA

140 JAHRE FFW FRAMMERSBACH

Am Sonntag beim Festzug in Frammersbach zum 140. Jubiläum der Feuerwehr mit dem zweiten Bürgermeister Christian Holzemer: Zwischen uns stehen nur zwei Brauereipferde.



DIE UNTERFRANKEN AUF DEM LANDESPARTEITAG



Die BayernSPD hat sich auf dem Parteitag Mitte Juli ein klares Profil gegeben. Einstimmig beschlossen die Delegierten den Leitantrag des Vorstands. Künftig konzentriert sich die BayernSPD auf vier große Bereiche: Wohnungsbau, Familien-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik.

Leitantrag und weitere Infos: www.bayernspd.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



KURZ BERICHTET



Die Arbeitsmarktsituation in Main-Spessart und die Lage und Stimmung in den örtlichen Betrieben waren die Themen bei meinem jüngsten Betriebs- und Personalrätegespräch zusammen mit dem SPD-Kreisverband Main-Spessart in Lohr. Als neu gewählter SPD-Kreisvorsitzender begrüßte Sven Gottschalk zusammen mit mir die Teilnehmer und als Gast den Geschäftsstellenleiter der Arbeitsagentur in Lohr, Martin Heilmann.

spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP). Wer auch Lust auf diese spannende Erfahrung hat, kann sich unter www.usapp.de informieren und Bewerbungsunterlagen anfordern.



Das Tierheim in Lohr leistet tolle Arbeit. Trotzdem klemmt es, vor allem beim Geld. Darüber sprach ich Ende Juli mit Ursula Rosenkranz und ihrem engagierten Team.



Ein Jahr war Franziska in den USA und ich war ihr Pate. Vor einigen Wochen ist sie zurückgekehrt. Ende Juli berichtete sie vor ca. 100 Schülern im Friedrich-List-Gymnasium in Gemünden über ihre Erlebnisse in den Vereinigten Staaten. Ein Jahr in den USA leben, studieren oder arbeiten - diese



Wollschweine statt Glyphosat als natürliche Rasenmäher: Eine gute Idee, deren Umsetzung kompliziert ist. Mit der örtlichen SPD und dem Kreisveterinär Dr. Korneli war ich auf der Christbaum-Plantage von Landwirt Volker Richter in Mittelsinn. Der Antrag ist gestellt, nun prüft das Landratsamt.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Noch bis Freitag kann man die Wander-Ausstellung des Parlaments „Der Deutsche Bundestag stellt sich vor“ im Landratsamt Miltenberg besichtigen. Ich danke Landrat Scherf, der dieser von mir vermittelten Ausstellung einen Raum gibt. Es war eine schöne Eröffnung am Montag. Bild: mit dem Landrat und seinem SPD-Stellvertreter Thorsten Meyerer.



Eröffnung der Lohrer Festwoche: v.l. Bürgermeister Dr. Mario Paul, Ruth Emmrich (SPD-Fraktionsvorsitzende Lohr), Ruth Steger (3. Bürgermeisterin) und Franz Wolf, SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender



Barrierefreier Bahnhof für Sulzbach am Main: Die örtliche SPD ist hier sehr aktiv und ich unterstütze das Anliegen.



Die Gambacher SPD hat ihr traditionelles Rotwein-Fest im Pfarrgarten gefeiert. Dank an Martha Bolkart-Mühlrath und ihr Team.

Mehr Termine & Fotos:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/MdBRuetzel

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Ende Juli traf ich mich mit dem Präsidium der IHK Aschaffenburg zum Informationsgespräch. Energiesicherheit in der Region, die Vermittlung von Flüchtlingen als Arbeitskräfte an die örtlichen Unternehmen oder die Beteiligung Aschaffenburgs an der Metropolregion FrankfurtRheinMain waren die Themen. (v.l.): Vizepräsident Albert Franz, Präsident Friedbert Eder, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin Silke Heinbücher, Hauptgeschäftsführer Dr. Andreas Freundt



„Brotzeit, Bier und Politik“ am 21. Juli in Thüngen.

VERLEIHUNG DES FELIX-FREUDENBERGER-PREISES



... am 24. Juli in der Akademie Frankenwarte: Erstmals vergab der SPD-Bezirk Unterfranken auf meine Initiative hin diesen Preis für besondere Verdienste im Bereich Kultur, Bildung und Zivilcourage. Muchtar Al Ghusain, Vorsitzender der WürzburgSPD, war nicht nur Laudator für den mit 500 Euro dotierten Förderpreis für die Initiative „Willkommen mit Musik“ aus Würzburg, er war im Bezirksvorstand auch verantwortlich für dieses Projekt. Ralf Hofmann, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Schweinfurt/Kitzingen, würdigte die Schweinfurter „Initiative gegen das Vergessen - Zwangsarbeit in Schweinfurt“, die mit dem mit 1.000 Euro dotiertem Hauptpreis ausgezeichnet wurde. Vielen Dank an alle, die zum Gelingen beigetragen haben. Und natürlich an die Preisträger!



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs



Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost
und Miltenberg

Liebe Leserinnen und Leser,

auf Initiative der BayernSPD-Landtagsfraktion bekommen die Musikschulen in Bayern mehr Geld. Die staatlichen Zahlungen wurden von 13,78 Millionen Euro im Jahr 2014 auf 14,73 Millionen Euro im Jahr 2015 angehoben. In Unterfranken stieg die Fördersumme um 3,31 Prozent auf über 1,7 Mio. Euro. Davon profitieren auch die Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, sowie die Stadt Aschaffenburg, wie eine aktuelle Antwort des Kultusministeriums auf eine Anfrage der SPD-Fraktion ergab.

243.941 Euro (+ 5 Prozent) an staatlichen Zuschüssen erhielt die Stadt Aschaffenburg 2015 für die Musikschule. Der Landkreis Aschaffenburg erhielt 145.902 Euro (+ 1,47 Prozent) und der Landkreis Miltenberg 94.847 Euro (+1,99 Prozent). Diese Erhöhung ist ein immens wichtiger Schritt auf dem Weg zu bezahlbarem Musikunterricht. Der Unterricht in öffentlichen Musikschulen ist unentbehrlich für die musikalische Bildung unserer Kinder und Jugendlichen und darf kein Luxus sein.

Derzeit nehmen wöchentlich 141.850 Schülerinnen und Schüler Unterricht an den 216 bayerischen Musikschulen teil. Die Kosten hierfür teilen sich die Eltern (61,3 Mio. Euro), die Kommunen (60,1 Mio.) und der Freistaat (13,5 Mio.). Langfristig soll der Finanzierungsanteil des Freistaates an den Lehrpersonalkosten auf 25 Prozent steigen. Selbst nach der bewilligten Erhöhung sind es derzeit aber noch

nicht einmal 15 Prozent. Angesichts der ausgezeichneten Arbeit und der großen Bedeutung der Musikschulen, z.B.in Aschaffenburg, Großostheim, Alzenau, Miltenberg, Erlenbach und Obernburg, für die Entwicklung unserer Kinder ist eine noch stärkere Unterstützung durch den Freistaat geboten. Die städtische Musikschule Aschaffenburg beispielsweise ist die älteste Musikschule Deutschlands – sie besteht seit mittlerweile 206 Jahren – und mit fast 2000 Schülerinnen und Schülern und rund 60 Lehrkräften auch eine der größten derartigen Bildungseinrichtungen in Bayern. Auch im Aschaffener Stadtrat setze ich mich gemeinsam mit meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion seit vielen Jahren für die Musikschule ein.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlnr.de



Volkmar Halbleib

Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter
für Stadt und Landkreis Kitzingen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Mehrheit der Schüler und Eltern in Bayern will das neunjährige Gymnasium. Für das Schuljahr 2016/2017 haben sich 60 Prozent der Eltern an den 47 bayerischen Pilotschulen für die Mittelschule plus, also für ein zusätzliches Schuljahr entschieden. Eltern, Schüler und Lehrer wollen demnach

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



nicht weniger, sondern mehr Bildungszeit. Jetzt gilt es das G9 umzusetzen.

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion in einem Dringlichkeitsantrag von der bayerischen Staatsregierung ein reformiertes neunjähriges Gymnasium mit einer Überholspur für besonders leistungsfähige Schüler. Die Mittelstufe plus darf auf keinen Fall flächendeckend eingeführt werden, weil sie nichts an der Belastung in der Unter- und Oberstufe ändert.

Wir brauchen eine klare Grundstruktur für das Gymnasium mit 30 Pflichtwochenstunden. Wichtig ist es darüber hinaus, in der Oberstufe Vertiefungsmöglichkeiten anzubieten. In jedem Fall sollten alle Beteiligten, Schulpraktiker, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Wissenschaftler gemeinsam ein Konzept für ein modernes bayerisches Gymnasium erarbeiten.

Das G8, damals von Stoiber aus Spargründen und überstürzt eingeführt, ist gescheitert. Auch drei Überarbeitungen der Lehrpläne und Stundenkürzungen haben nicht zu einer Verbesserung geführt. Weitere Maßnahmen zur Entlastung der Schüler sind ins Leere gelaufen. Unterstützt wird die SPD vom Bayerischen Philologenverband (bpv), der ebenfalls fordert, die Chance für ein neues G9 zu nutzen.

Beste Grüße,

Ihr

Volkmar Halbleib, MdL



GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für Würzburg-Stadt

Betreuungsabgeordneter für Main-Spessart

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

allein die Sport- und Schützenvereine in Würzburg erhalten in diesem Jahr 581.471 Euro vom Freistaat, Vereine in Main-Spessart bekommen knapp 775.000 Euro. Das klingt erstmal nach einer guten Unterstützung. Die Vereinspauschale aus dem Landeshaushalt wird nach der Anzahl der Mitglieder berechnet. Hinzu kommt eine Extraförderung: Je mehr jüngere Mitglieder ein Verein hat und je mehr Übungsleiterlizenzen die Mitglieder haben, umso höher fällt der Förderbetrag aus.

„Wir haben uns da mehr versprochen“, kritisiert Rosenthal, selbst langjähriger Vorsitzender des Würzburger FV. „Die ehrenamtliche Arbeit in unseren Vereinen ist ein wertvolles Gut unserer Gesellschaft. Schade, dass der Betrag seit vier Jahren nicht mehr erhöht wurde. Und das obwohl die Kosten für die Arbeit der Vereine stetig angestiegen sind.“ Die letzte Erhöhung gab es im Jahr 2012, die mit 5 Cent pro sogenannter Mitgliedereinheit zudem sehr klein ausfiel.

Die Höhe der Förderung ist direkt an die Mitgliedereinheiten, also die Mitgliederzahlen, gekoppelt. Dadurch haben die Vereine einen Anreiz, sich besonders um jugendliche Mitglieder und um die Ausbildung und den Einsatz von Übungsleiterinnen und Übungsleitern zu kümmern. Pro Mitgliedereinheit beträgt der Fördersatz 27 Cent.

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Auch dieses Jahr ist es nicht gelungen, die Förderung endlich auf 30 Cent pro Mitgliedereinheit anzuheben, so wie dies die Forderung der SPD, aber auch der Sportverbände, ist. Die SPD hatte dies im Landtag bereits jeweils für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 beantragt. Die Anträge wurden von der CSU jedoch abgelehnt.

Die Zahl der „Mitgliedereinheiten“ der Sport- und Schützenvereine werden entsprechend der Sportförderrichtlinien des Freistaates Bayern berechnet. Berechnungsgrundlage dafür ist die Anzahl der erwachsenen Vereinsmitglieder sowie die Anzahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die es die zehnfache Gewichtung gibt.

Ein weiterer Faktor ist die Anzahl von Übungsleiterlizenzen. „Ich fordere daher alle Vereine auf, Mittel aus der Sportförderung zu beantragen.“

Beste Grüße,

Ihr

Georg Rosenthal, MdL

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL
 Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
 Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162
buergerbuero@georg-rosenthal.de

SPD

**NICHT DIE ANGST MACHT
 DEUTSCHLAND STARK,
 SONDERN DER ZUSAMMENHALT.**

Sigmar Gabriel